

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40 M. Eintragungen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonnen-Beile 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von M. Drey, Post von E. H. G. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: G. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Mühlstraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Erste Konferenz der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Die Arbeiterschaft schätzt ihre Erfolge nicht von einem Tag auf den andern ab. Sie hat gelernt, in geduldiger Organisationsarbeit ruhig, aber sicher zu bauen. Deshalb kann sie warten, wie ihre Werke wachsen und wirken und braucht kein unnütziges Aufheben von Tageserfolgen zu machen. Wenn sie aber stolz ist auf die Arbeit, welche für die und auf der nunmehr in Frankfurt a. M. abgehaltenen ersten deutschen Konferenz chemischer Arbeiter geleistet wurde, so hat sie ein Recht dazu.

Aus der Mitte des Proletariats heraus wurde die Zusammenkunft durch unsern Verband organisiert, und das Proletariat in erster Linie ist in gründlicher Weise auf ihm zum Wort gekommen. So etwas kann nur die Arbeiterschaft selbst leisten. Man vergleiche mit den Frankfurter Verhandlungen diejenigen der bürgerlichen Zentralstelle für Wohlfahrtsvereine in Hagen oder die Arbeiterschuttagung der bürgerlichen Sozialpolitik. So aus dem vollen Leben und der praktischen Fabrikarbeit heraus, so aus der unmittelbaren Verbindung mit allen Leiden und Schmerzen der Giftstättenproletarier hat noch keine öffentliche Kundgebung für chemischen Arbeiterschutz gesprochen. Die Diskussion zu allen drei Hauptpunkten der Tagung ließ Blide in einen wahren Höhenpfehl von Qualen tun, denen die deutschen chemischen Arbeiter ausgesetzt sind. Es war gewiß und jedenfalls nicht in erster Linie eine Demonstration mit der Konferenz beabsichtigt. Aber die Summe der ungeheuerlichen Zustände, die in den Frankfurter Verhandlungen zusammengetragen wurden, muß als gewaltige Demonstration auf die gesamte in- und ausländische Öffentlichkeit wirken. Die Kapitalistenpresse wird Vieles von dem Mitgeteilten unterschlagen und unterdrücken. Aber ganz kann sie den Eindruck der fürchterlichen Enthüllungen aus allen Gegenden Deutschlands nicht töten. Und dann kommt es ja vor allem auch darauf an, daß die noch gleichgültigen chemischen Arbeiter ausgerüstet werden. Diesen zeigt die Frankfurter Konferenz, welche Macht in der Vereinigung und im offenem Aussprechen des eigenen Lieges, was ist. Sie mögen noch so furchtbar sein, die Frankfurter Konferenz hat ihnen doch aus dem Herzen gesprochen und ihnen bewiesen, daß man durch Zusammenarbeit etwas leisten kann. Und darauf vor allem wollen wir weiter bauen!

Nebenbei bemerkt, wurde auf der Frankfurter Konferenz auch noch klar, wie sehr die Wissenschaft der Gewerkrankheiten und Vergiftungen noch der Belehrung durch die Arbeiter selbst bedarf. Der wissenschaftliche Referent gehand dies selbst ein. Er stellte fest, daß die Gewerbeschädigung der chemischen Industrie erst in den Anfängen sei. Dabei hat der chemische Kapitalismus ein volles halbes Jahrhundert riesiger Entwicklung hinter sich. Aber er hat nichts Wesentliches für den Gesundheitsschutz derjenigen getan, die ihm die Reichtümer schaffen. Das ist für uns nichts neues. Unsere ganzen Anschauungen sind auf der Erfahrung aufgebaut, daß Unternehmer und Arbeiter unversöhnliche Gegner sind und bleiben werden. Aber daß ein Gelehrter jene Feststellung vom Kapitalismus und von der Wissenschaft machen muß, der selbst auf dem Harmoniestandpunkt steht, das war das Wertvolle an ihr. Wir dürfen uns nunmehr doppelt bewußt sein, daß von unserer Tätigkeit auch die Tätigkeit der Wissenschaft abhängt. Wir müssen sie treiben, damit sie geht.

Die maßgebenden und herrschenden Stellen in Deutschland haben auch diesen Arbeiterkongress der gebrühtesten Arbeiterklasse Deutschlands mit Nichtachtung behandelt. Das Reichsamt des Innern ließ sich nicht vertreten, und die Fabrikinspektoren der näheren und ferneren Umgebung, die am ersten Verhandlungstage erschienen waren, blieben am zweiten Tage fort, als gerade die Arbeiterschaft selbst nach dem Wissenschaftler zum Worte kam. Wir kennen die Ursachen dieses Wegwehrens nicht, aber wir zerbrechen uns auch nicht die Köpfe darüber. Es traf sich glücklich, daß gerade unser ausländischer Genosse, der Delegierte unseres österreichischen Bruderverbandes, die treffendsten Worte über dieses Verhalten des deutschen Klassenstaates fand. Wir haben ihnen nichts hinzuzufügen. Es ist schon so, daß wir auf unsere eigene Kraft angewiesen sind. Desto energischer wollen wir sie entfalten, im Verein mit unsern Arbeitsbrüdern aller deutschen Gegenden und des Auslandes!

Der Anfang für eine Zusammenfassung der nach Besserung strebenden Kräfte in der chemischen Arbeiterbewegung ist also nun gemacht. Bauen wir weiter, agitieren wir mit den Frankfurter Verhandlungen unablässig, reihen wir immer neue Soldaten in unser Kampfheer und in unsere Organisation. Was der Verband als solcher jetzt vor allem in die Hand zu nehmen hat, die einzelnen Arbeiterschütz- und Kampfaufgaben für die Lohnbewegung, ist klar herausgestellt und bezeichnet. Für die neuen Aufgaben mit neuer Lust an die Arbeit!

Ueber die Verhandlungen der Konferenz bringen wir nachstehend einen kurzen Bericht; das ausführliche Protokoll erscheint in den nächsten Tagen.

Mit einem von der Frankfurter „Union“ (Schwungvoll vortragenden Weiskheimer Chor: „Bei und Arbeit“) rufte die Welt, bei der Zeit ist Geld! wurde am ersten Pfingsttage die überaus zahlreich besuchte Konferenz eröffnet.

In einer am 10. Januar abgehaltenen Vorkonferenz war beschlossen worden, darauf Rücksicht zu nehmen, daß möglichst alle Abteilungen der chemischen Industrie vertreten sind, namentlich soweit eine Gefahr für die Arbeiter durch Vergiftung, Verbrennung und Explosion besteht. Darunter fallen die Gummi- und Zellulosefabriken, Pulver- und Dynamitfabriken, sowie Säure-, Soda- und Farbstofffabriken.

Ueber alles Erwarten stark war die Zahl der Anmeldungen von Vertretern. 84 Delegierte und 1 Delegierte sind erschienen. Dieselben vertreten:

1. die Gummiindustrie in Hannover, Halberstadt, Hildesheim, Waltershausen, Wittenberg (Bez. Halle), Leipzig, Dresden, Freiberg, München, Mannheim, Kassel, Frankfurt a. M., Hanau, Bremen, Hamburg, Harburg;
2. die Zellulosefabriken in Osnabrück, Eilenburg, Nürnberg, Speier, Offenbach;
3. die Düngemittelwerke in Bobenwerber, Nienburg a. W., Döberitz, Schönebeck, Salzwedel, Freiberg i. S., Krosen, Augsburg, Hamburg, Harburg, Bismarck, Finneberg;
4. die Pulver- und sonstigen Explosionsstofffabriken in Roswig (Anhalt), Wittenberg (Bez. Halle), Schönebeck, Dömitz, Fürth, Westphal, Webel;
5. die Schallplattenfabriken in Hannover;
6. die Händwaren- und Händholzfabriken in Roswig, Schmiedeburg (Bez. Halle), Halle, Meile, Lauenburg, Gohnditz, Köslin, Augsburg, Kassel, Mühlhau;
7. die chemische Großindustrie in Hannover, Blankenburg, Celle, Goslar, Osterwieck, Osterode, Bernburg, Bitterfeld, Greppin, Holzweißig, Sebnitz, Dresden, Leipzig, Eisenach, Döberitz, Breslau, Orlau, Deutzen, Berlin, Stettin, Pommernsdorf, Rheinfelden, Stuttgart, Ludwigshafen, Frankenthal, Fußgönheim, Hochdorf, Jüdingen, Mandach, Schiffstätt, Mutterstadt, Neuhof, Dagersheim, Oppau, Frankfurt a. M., Fechenheim, Höchst a. M., Barmen, Köln a. Rh., Kappelerberg, Hamburg.

Außerdem sind 14 Gauleiter und 4 Verbandsmitglieder erschienen.

Der Verbandsvorsitzende Reichstagsabgeordneter Drey begrüßte die Gäste und Delegierten. Nicht alle eingeladenen Gäste sind erschienen. Das Reichsamt des Innern hat geantwortet, daß dem Wunsche, einen Vertreter zu entsenden, zurzeit nicht entsprochen werden könne. (Hört! Hört!) Ebenso ist der Wiesbadener Gewerbeinspektor nicht erschienen. Retreten sind die Gewerbräte Engel-Offenbach, Ober-Darmstadt, ein Gewerbereservant von Frankfurt, Gewerberat Dr. Fischer vom Institut für Gewerbehygiene, Gewerberat König-Speyer und D. v. Felisch-Rarlsruhe. Drey sagte den Herren für ihr Erscheinen verbindlichsten Dank. Es ist das erstmal, fuhr der Einberufer fort, daß die Kollegen von der chemischen Industrie aus eigenem Antrieb in größerer Zahl zusammengetreten. Selbst ist der Mann, nur dann kann die Lage der Arbeiter besser werden, wenn sie mit Energie und Nachdruck selbst an der Lösung der sie betreffenden Fragen arbeiten. Daß die Konferenz so zahlreich besetzt ist, das legt Zeugnis dafür ab, daß auch die Vorkonferenzen der chemischen Industrie die Notwendigkeit einer Besserung ihrer Lage erkannt haben. Lohn- und Arbeitsbedingungen, Schutz von Leben und Gesundheit sollen hier beraten werden. Hoffen wir, daß die Wünsche erfüllt werden, die diesem Kongress entgegengebracht werden.

Dr. Quard-Frankfurt begrüßte namens der 30.000 organisierten Arbeiter von Frankfurt a. M. und im Auftrag des Gewerkschaftsstellens die Konferenz. Wir sind hier in Frankfurt umgeben von einem Kranz der mächtigsten Betriebe der chemischen Industrie Deutschlands, mitumfassend einen Hauptteil der chemischen Industrie Deutschlands überhaupt. Die Geschichte der chemischen Industrie ist eines der denkwürdigsten Kapitel in der Geschichte des Kapitalismus. Wissenschaft und Arbeit haben sich hier die Hand gereicht. Ausnutzung der geistigen Entdeckungen und der körperlichen Arbeitskraft haben hier ihre stärkste Entwicklung gefunden. Nebenbei erinnere daran, wie weit erbarmlichen Löhnen die chemischen Arbeiter vor 30 Jahren entlohnt wurden, wie dann zu der Akkumulation des Kapitals die Konzentration des Kapitals kam, eine kapitalistische Solidarität, wie sie wohl noch nie in einem andern Industriezweig in den letzten 30 Jahren zu verzeichnen war. Rücksichtslos wurden Patentverträge, Handelsverträge usw. umgangen, wenn sie irgendwo der kapitalistischen Entwicklung im Wege waren. Dem bekannnten Gewerkschafts- und Dreierbund der chemischen Industrie Deutschlands folgte die internationale Verbindung. Daran müssen sich die Arbeiter ein Muster nehmen. Jeder kleine Vorteil muß ergriffen und ausgenutzt werden, ein starker proletarischer Wille muß einen Damm entgegensetzen der kapitalistischen Willkür. Nebenbei schloß mit dem Wunsche, daß die Arbeit des Kongresses von segensreichen Folgen sein möge. Eifer begrüßte den Kongress für die Frankfurter Zahlstelle. Hoffentlich werden die chemischen Arbeiter auch aus diesem Kongress etwas, wieviel noch zu tun übrig bleibt, welche gewaltige Kulturarbeit wir noch zu leisten haben.

Für die Gummi- und chemischen Industriearbeiter Österreichs begrüßt deren Generalsekretär Reichsratsmitglied Schrammel-Wien den Kongress: Wir haben in Österreich mit Freude den Beschluß entgegengenommen, daß der Verband der Fabrikarbeiter die Verhältnisse in der chemischen Industrie in einem besonderen Kongress besprechen will. Die österreichischen Arbeiter der chemischen Industrie haben mit denselben oder noch mit schlechteren Verhältnissen zu rechnen, wie die deutschen. Die Ausbeutung lernt keine Landesgrenzen. In einer Beziehung sind wir ja vielleicht besser daran: die Behörden hören wenigstens unsere Wünsche und Beschwerden! Ich muß Ihnen aufrichtig sagen, daß ich es mit Bedauern empfunden habe, daß die deutsche Reichsregierung zu diesem hochwichtigen Kongress keinen Vertreter entsendet hat. Aber ein Gutes hat dieses Fernbleiben eines Reichsvertreters doch, und das ist, daß die Arbeiterschaft wieder einmal mit Deutlichkeit sieht, daß der Staat, der sich brüht, ein Kulturstaat zu sein, in Wirklichkeit kein Anrecht auf diesen Titel hat (räumlicher Weisfall) und daß diejenigen, die an der Spitze dieses Staatswesens stehen, kein Recht haben, sich Vertreter eines Kulturstaates zu nennen. Wenn noch der eine oder andre Arbeiter gedacht hat, daß die Re-

gierung ihm mit einem gewissen „Wohlwollen“ gegenüberstehe, so mag er an dieser Laffache erleben, daß er sich getäuscht hat. Wir dürfen eben in Deutschland so wenig wie in einem andern Staate auf dieses „Wohlwollen“ warten, müssen aus eigener Kraft das zu erringen suchen, was notwendig ist, um die Arbeitsverhältnisse in der heutigen Gesellschaft zu menschenwürdigen zu gestalten. Und ein zweites steht jeder Arbeiter klar und deutlich: Die Gewerkschaften allein sind es, die sich bemühen, das höchste Gut der Natur, die Gesundheit des Volkes, wirksam zu schützen, kein Bürger wird es den Gewerkschaften mehr abstreifen können, daß sie eine eminente Kulturarbeit leisten! Die Bürgerrechte hat kein Recht, der Sozialdemokratie zu sagen, daß es eine „Uebertreibung“ sei, wenn sie sich als die Trägerin der Kultur bezeichnet. Es ist wohl keinem Eingeweihten fremd, daß gerade in dem Zweige der Industrie, den wir hier vertreten, der allergeheime Arbeitermord verübt wird. Es gibt keinen Industriezweig, der die gleichen traurigen Verhältnisse aufzuweisen hätte und in dem die Arbeiter so systematisch an ihrer Gesundheit geschädigt werden. Auch den Herren von der Reichsregierung muß das bekannt sein; wäre es nicht ihre verdamnte Pflicht, hier zu erscheinen, um wenigstens die vorgebrachten Klagen zu hören? Durch ihr Nichterscheinen betundet sie nur, daß ihr an dem Leben von Millionen von Arbeitern nichts liegt! (Sehr richtig!) In unserer Gesetzgebung und Wirtschaftsordnung gilt doch sonst das Menschenleben als etwas Wichtiges und Heiliges, wer einen andern Menschen vorzüglich tötet, wird mit dem Tode bestraft. Und wenn wir auch Gegner der Todesstrafe sind, so sind wir doch dafür, daß ein Mörder isoliert werde von der menschlichen Gesellschaft. Aber dieselben Faktoren, die das Leben für das wichtigste halten, gehen mit verbundenen Augen vorbei an dem systematischen Hinopfern ungezählter Arbeiter in der chemischen Industrie, an dem Hinopfern ungezählter Arbeiter, die der Profitgier der Unternehmer zum Opfer fallen. Sie können sich denken, daß wir mit Spannung ihren Beratungen folgen, ihr Kampf ist ja auch unser Kampf. Wir sind auch sehr begierig wahrzunehmen, wie sich in Deutschland die öffentliche Meinung zu diesem Kongress stellen wird. Hoffentlich gibt ihre Bewegung auch endlich den Anstoß zu energischerem Einschreiten der Gesetzgebung. Nebenbei erinnert an die Kämpfe der österreichischen Arbeiter um den Achtstundentag und hofft, daß durch die gemeinsame intensive Arbeit der Brudervereinigungen in beiden Ländern der Ausbeutung ein Damm gesetzt werde. Wir in Österreich haben uns immer über die Fortschritte der deutschen Arbeiterbewegung gefreut und hoffen, daß sie uns auch auf dem Gebiete der Organisierung und Erziehung der chemischen Arbeiter ein gutes Beispiel geben werden. Aber die gewerkschaftliche Arbeit tut es nicht allein: Haben wir drüben müssen wir uns auch bemühen, durch Anteilnahme am politischen und parlamentarischen Kampfe einen Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen. Für die Arbeiter und für die kommende Generation, für die kulturelle Entwicklung des Volkes darf uns kein Opfer zu groß sein!

Die Kollegen Drey-Hannover und Keller-Frankfurt a. M. werden als Vorsitzende, Lüttge-Berlin, Weber-Heilbronn, Benz-Hannover, Haßbach-Köln als Schriftführer gewählt.

Drey gibt noch bekannt, daß auch ein Vertreter des Heizeverbandes in Ludwigshafen an den Beratungen teilnehmen.

Nachmittags-sitzung.

Das erste Referat hat Prof. Dr. Sommerfeld über die Vergiftungsgefahren in chemischen Fabriken.

Nach einer kurzen historischen Einleitung sagt der Referent: Gewerliche Gifte sind Stoffe, die bei ihrer Herstellung oder Zusammenlegung die Gesundheit des Arbeiters gefährden. Die in den Körper eingedrungenen chemischen Stoffe gehen mit den Fetten und Geweben des Körpers chemische Verbindungen ein, die eine Auflösung zur Folge haben. Man unterscheidet: Lehgifte, Blutgifte und Hirngifte. Blutgifte sind solche, die die weißen und roten Blutkörperchen und das Blutwasser verändern, Lehgifte greifen die Haut und die Schleimhäute an, Hirngifte können das Rückenmark lähmen. Viele Gifte haben gleichzeitig zwei oder alle drei Wirkungen. Die Bekämpfung der Gefahren setzt nun voraus, daß wir voll unterrichtet sind über alle einzelnen Stoffe. Leider ist auch das Wissen über die Giftlehre sehr mangelhaft; besonders schwerig ist es, jene Stoffe in ihrer Gefährlichkeit zu erkennen, die erst nach längerer Zeit auf den Körper wirken. Es gibt nämlich keine Krankheit, die durch Gifte hervorgerufen wird, die nicht auch durch andere Einwirkungen hervorgerufen sein könnte. Das erschwert gleichfalls sehr oft die Diagnose. In den Körper werden die Gifte eingeführt durch schmutzige Hände, die während der Arbeit an die Lippen geführt werden, sowie dadurch, daß Nahrungsmittel oder Genussmittel mit schmutzigen Händen angefaßt wurden oder irgendwo lagern, wo Gifte in Staubform sich absetzen können. Die Atmung kann durch Gifte in Gasform oder in Form feiner verteilten Staubes beeinträchtigt werden. Das äußerst giftige Blei vermag z. B. in feinsten Staubpartikeln durch die Haut in den Körper einzudringen. Interessante Versuche von Prof. Lehmann in Würzburg haben gezeigt, daß auf die Tiere der Staub der chemischen Fabriken direkt tödlich wirkt. Eine Kage, die in ein kleines Holzstäbchen verpackt, vor Sonne geschützt in den freien Wind gestellt wurde, zeigte nach einstädigem Aufenthalt kein Zeichen von Unwohlsein, dieselbe Kage starb aber binnen kurzer Zeit in ein mit 5 Gramm Anilin behaftetes Handtuch eingewickelt. Toluolöl tötet eine eingesperrte Kage bereits in 5 Stunden! Noch schlimmer wirkte auf Tiere das Diminutolol.

Der Umfang der Gesundheitsgefahren läßt sich statistisch noch nicht feststellen. Die Statistiken der Krankenkassen geben kein Bild über den Umfang der gewerblichen Vergiftungen; die Unternehmerstatistiken sind äußerst mangelhaft; aber selbst die Ärzte geben manchmal eine andre Krankheitsursache an, als die ihnen vorliegende Ursache. Die Vergiftung durch chemische Stoffe, weil sie Schrecken und Denkschwierigkeiten in ihrem Verlaufe beibringt, wenn sie die Wahrheit angeben. Es muß unbedingt gefordert werden: 1. Anzeigepflicht aller gewerblichen Vergiftungen. 2. Die Ärzte der Betriebe müssen in unabhängiger Stellung sein. 3. Für die Erzeugung oder Verwendung gewerblicher Gifte muß Anzeigepflicht und Konzeptionspflicht bestehen. 4. Vorhandene Anzeigungen über die Krankheiten, die in solchen Betrieben vorkommen, müssen zur Pflicht gemacht werden. 5. Die jungen Ärzte müssen in besonderen Vorlesungen über die gewerblichen Vergiftungen aufgeklärt werden. 6. Neben den Rassenärzten sind amtliche Ärzte anzustellen, die ihr Hauptaugenmerk auf die gewerb-

lichen Krankheiten legen und den Fabrikinspektoren mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Vorbereitung für durchgreifende Bekämpfung der gewerblichen Vergiftungen ist genaue Kenntnis der Wirkungen der Gifte. Mikroskopische, chemische und bakteriologische Untersuchungen des Auswurfs usw. der Kranken müssen auf Einatmestoffen ausgeführt werden.

Die Anzeigepflicht ist zunächst auf Blei, Phosphor, Quecksilber, Benzol, Ammoniak, Nitroxyde und ähnl. Gifte zu beschränken. Der Arbeitgeber müsste empfohlen werden, giftige Stoffe möglichst durch ungiftige zu ersetzen.

Die Vorseitigung des weissen und gelben Phosphors zur Herstellung von Leuchtgläsern. Der Leuchtstoff ist es gelungen, dafür Ersatz zu finden. Wo das aber nicht geht, sollen die Gefahren nach Möglichkeit ausgeglichen werden durch geeignete Staubabzugsvorrichtungen und Schutzmittel, so besonders in den Zementfabriken, Zementmühlmahlern usw.; dabei kann auch das über den Arbeitsräumen zerstreute wertvolle Material wieder gewonnen werden.

In solchen Betrieben, die der Rentabilität wegen das verbrauchte Material wiedergewinnen müssen, hat man ja längst Staubsauger eingeführt. Persönlicher Arbeitsschutz durch Respiratoren und Schutzhelme müsste überall gefordert werden.

Allerdings ist nicht zu übersehen, daß ein wirkungsvoller Schutz nur in kapitalkräftigen Betrieben herzustellen ist. Die kleinen handwerklichen Betriebe leiden nach wie vor unter den veraltetsten Betriebsmethoden. Die Betriebe der Großindustrie sollten Musterbetriebe sein.

Vor der Fabrikation neuer Stoffe im großen sollten eingehende Untersuchungen über die physiologischen Wirkungen der Stoffe in Laboratorien veranstaltet werden.

Eine große Aufgabe fällt auch den Gewerbeinspektoren zu. Aber sie sind so überlastet, daß sie sich vielfach nicht um die Betriebe kümmern können. Gewerbeärzte, aber auch sachkundige Arbeiter müssten an ihre Stelle treten.

Fabrikärzte in vielen Fabriken die neuerwerbenden Arbeiter auf ihre Gesundheit. Das ist sehr gut, aber es genügt nicht. Die Fabrikärzte müssten ganz unabhängig werden von den Unternehmern, sie müssten auch als Gehilfen des Gewerbeinspektors das Recht haben, jederzeit die Betriebe zu kontrollieren.

Unkenntnis und Gleichgültigkeit ist oft eine Hauptursache der Vergiftung. In der Schule und besonders in der Fortbildungs- und Fachschule müsste die Jugend auf die Gefahren der chemischen Gifte aufmerksam gemacht werden. Der Arzt sollte nicht nur mit den Lehren seiner eigenen Wissenschaft vertraut sein, sondern möglichst auch über die Technik informiert sein, um Vergiftungsfälle prüfen zu können.

Endlich verbiente auch die Unfallversicherung größere Ausdehnung. Die Unfallversicherung soll die Arbeiter vor Schädigungen der körperlichen und geistigen Gesundheit, die durch plötzliche Einwirkungen entstanden sind, sichern. Deshalb diese Erweiterung nicht auf die Gewerbekrankheiten ausgedehnt werden sollte, ist eigentlich recht schwer ersichtlich.

Allerdings ist der Nachweis für gewerbliche Krankheiten nicht zweifellos festzustellen. Es wäre ungerecht, den Unternehmern für Erkrankungen haftpflichtig zu machen, die nicht durch die Beschäftigung im Betriebe entstanden sind. Andererseits ist es doch ein großes Unrecht, einem Arbeiter, der durch eine gewerbliche Vergiftung sich an Leib und Geist geworben hat, die Unfallrente zu verweigern, während ein anderer Arbeiter, der durch einen festgelegten Hammer Schlag eine leichte Quetschung erleidet, längere Zeit Unfallrente erhält.

Die Erkennung der gewerblichen Vergiftung müsste besser gesichert werden, um eine Grundlage zu gewinnen für die Ausdehnung der Unfallversicherung. In Frankreich bekommt jeder Arbeiter ein Unfallheft mit, das aber in der Hand des Unternehmers ist und mit den sonstigen Papieren von einem Unternehmer zum anderen wandert. Jeder Unternehmer erfährt daraus, welche Schäden ein neuergeleiteter Arbeiter bereits erlitten hat.

Das ist wohl nicht das Ideal. Das einzige Richtige ist die Anzeigepflicht. In der Schweiz hat die Unternehmer haftpflichtig für Vergiftungen durch Blei, Quecksilber, Arsen, Phosphor und Phosphorpräparate, Kalium, Natriumchlorat, Salzsäure, Schwefelsäure, Salpetersäure, Ammoniak, Schwefelkohlenstoff, Chloroform, Chloroäthyl, Jod, Brom, Cyan, Nitrobenzol, Dimethyläther, Kerosin, und endlich Pottasche, Natriumcarbonat und Soda. Das ist ein Prinzip, dem wir uns anschließen wollen, so müssen wir uns doch dagegen wenden, daß die Haftpflicht eine private ist. Dieses schwebende Prinzip ist durch öffentliches Recht zu ersetzen, wie bei der Unfallversicherung.

Rebner will nicht eingehen auf die einzelnen Betriebsarten. Am die allgemeinen Grundlagen sollten festgelegt werden. Ist auch eine Statistik über die gewerblichen Vergiftungen zurzeit nicht möglich, so müssen wir doch damit rechnen, daß sich solche in größerer Zahl erheben. Allein die Fabrikinspektorenberichte, so dürftig sie sind, weisen auf die große Vergiftungsgefahr hin. Jeder einzelne, der die Ursachen, um diese Vergiftungsgefahren zu beseitigen und ihre Folgen zu lindern, hat ein großes Werk zu leisten.

Rebner will nicht eingehen auf die einzelnen Betriebsarten. Am die allgemeinen Grundlagen sollten festgelegt werden. Ist auch eine Statistik über die gewerblichen Vergiftungen zurzeit nicht möglich, so müssen wir doch damit rechnen, daß sich solche in größerer Zahl erheben. Allein die Fabrikinspektorenberichte, so dürftig sie sind, weisen auf die große Vergiftungsgefahr hin. Jeder einzelne, der die Ursachen, um diese Vergiftungsgefahren zu beseitigen und ihre Folgen zu lindern, hat ein großes Werk zu leisten.

Rebner will nicht eingehen auf die einzelnen Betriebsarten. Am die allgemeinen Grundlagen sollten festgelegt werden. Ist auch eine Statistik über die gewerblichen Vergiftungen zurzeit nicht möglich, so müssen wir doch damit rechnen, daß sich solche in größerer Zahl erheben. Allein die Fabrikinspektorenberichte, so dürftig sie sind, weisen auf die große Vergiftungsgefahr hin. Jeder einzelne, der die Ursachen, um diese Vergiftungsgefahren zu beseitigen und ihre Folgen zu lindern, hat ein großes Werk zu leisten.

Rebner will nicht eingehen auf die einzelnen Betriebsarten. Am die allgemeinen Grundlagen sollten festgelegt werden. Ist auch eine Statistik über die gewerblichen Vergiftungen zurzeit nicht möglich, so müssen wir doch damit rechnen, daß sich solche in größerer Zahl erheben. Allein die Fabrikinspektorenberichte, so dürftig sie sind, weisen auf die große Vergiftungsgefahr hin. Jeder einzelne, der die Ursachen, um diese Vergiftungsgefahren zu beseitigen und ihre Folgen zu lindern, hat ein großes Werk zu leisten.

Rebner will nicht eingehen auf die einzelnen Betriebsarten. Am die allgemeinen Grundlagen sollten festgelegt werden. Ist auch eine Statistik über die gewerblichen Vergiftungen zurzeit nicht möglich, so müssen wir doch damit rechnen, daß sich solche in größerer Zahl erheben. Allein die Fabrikinspektorenberichte, so dürftig sie sind, weisen auf die große Vergiftungsgefahr hin. Jeder einzelne, der die Ursachen, um diese Vergiftungsgefahren zu beseitigen und ihre Folgen zu lindern, hat ein großes Werk zu leisten.

in allen chemischen Betrieben alle vier Wochen sämtliche Arbeiter ärztlich untersucht werden.

Spezial-Besuch bespricht den Bericht der Betriebsärzte der Bayerischen Farbwerte in Leverkusen (auch Jantmerken) die, der geradezu ungeheuerliche Krankheitsfälle aufweist. Die Veranlassung der Arbeiter läge in unrichtigen Abzug. Die Ärzte, Techniker und Chemiker haben es bisher immer noch abgelehnt, abgesehen, in Verbandsversammlungen Vorträge über die Gefahren der Gifte zu halten. Der Gewerbeinspektor von Solingen ist selbst Chemiker, das ist allerdings in einzelnen Fällen von großem Werte gewesen. Freie Luft ist die beste Medizin für die chemischen Arbeiter, daher muß unsere erste Forderung sein: Verrückung der Arbeitszeit. Aber natürlich darf diese Verrückung der Arbeitszeit nicht so erfolgen, wie etwa in Leverkusen, wo seit der Einführung der Achtstundenschiebt die Arbeiter, die früher zwei Oefen zu bedienen hatten, jetzt drei besorgen müssen. Eine Hauptaufgabe für uns muß auch die Bekämpfung des Alkoholismus sein; das Koalitionsrecht wird vielfach dadurch illusorisch gemacht, daß die Arbeiter von den Unternehmern denksunfähig gemacht werden durch billigen Alkohol!

Ein rheinischer Delegierter schildert die vorhinsschliche Art der Herstellung von Zyanid, Arsenäure und Cyanat in den einzelnen Fabriken des Rheinlandes. Sehr häufig werden die Arbeiter auch in den giftigsten Betrieben gezwungen, die Sicherheitsvorrichtungen außer acht zu lassen, wenn sie das vorgeschriebene Quantum verarbeiten wollen. In den Trockenräumen mit 38 bis 40 Grad Temperatur werden die Arbeiter oft gezwungen, mit den bloßen Händen die Präparate durchzuarbeiten.

Ein Vertreter von Höchst erklärt, das, was heute vom Verband geleistet werde, sei sehr zu begrüßen, nur komme das Nachdenken etwa 10 Jahre zu spät. Die Mängel sind, besonders auch in Griesheim (Elektro) so angewachsen, daß ein Antikörper dagegen sehr schwer möglich ist. Rebner schildert die gewissenlose Fabrikationsmethode in der großen chemischen Fabrik in Griesheim und die Abhängigkeit der Fabrikärzte von den Unternehmern.

Rebner-Stuttgarter schildert die furchtbaren Gesundheitschädigungen, die bei einzelnen Arbeitern durch die Verarbeitung des Chlors entstehen. Manche Arbeiter sind jahrelang in den Fabriken tätig ohne Schädigung ihrer Gesundheit, bei anderen tritt aber die „Räude“ schon am zweiten oder dritten Tage heraus. Auch die Beamten dieser Zofabrik von Zimmerer & Co. bekommen vielfach diese Krankheit. Rebner schildert weiter, wie die bestbezahlten Arbeiter auch am zuverlässigsten sind in bezug auf Unfallverhütung, während die schlechtestbezahlten auch am wenigsten auf ihre Gesundheit achten.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten in dem Stuttgarter Revier sind nach Ansicht des Redners nur zu loben. Präli-Mannheim behandelt die Fabriken für medizinische Präparate. Die Ärzte, die in den chemischen Fabriken beschäftigt sind, müssen wissen, wie es möglich ist, die Arbeiter gegen die Gesundheitschädigungen zu schützen. Die „Chlorkräde“ bei der Verarbeitung des Chlors entsteht gewöhnlich nur durch ungenügende Abzugsvorrichtungen und durch den Mangel von Wässern und Dämpfen. Die Pausen in den Fabriken sind nicht genügend, um dem Körper der Arbeiter das nötige Quantum frische Luft zuzuführen.

Ein Arbeiter berichtet einmal, daß ihr neugeborenes Kind auch schon mit der „Chlorkräde“ behaftet war. Die Arbeiter, die mit Chlorkontakt in Berührung kommen, bekommen auch trotz der Summhandschuhe einen lästigen Ausschlag. Die Medizinfabrikation ist sehr gesundheitsgefährlich, trotzdem wurde erlaubt, daß im Fabrikhof der Mannheimer Firma Arbeiterwohnungen errichtet wurden. Aus der Ludwigshafener Medizinfabrik sind gleichfalls schwere Vergiftungsfälle gemeldet worden. Eine Abteilung der Soda-fabrik in Ludwigshafen ist „berühmt“ dadurch geworden, daß die Leute so schwer vergiftet werden, daß sie wie betrunken herumtorkeln. Die Rauchhelme sind gänzlich ungenügend; besonders bei mageren Leuten werden Vergiftungserscheinungen trotz der Rauchhelme konstatiert, weil sie nicht genügend schließen.

Schreiber-Harburg schildert die Verhältnisse in der Summi-industrie. 188 Augenleidende sind in einer einzigen Fabrik im vergangenen Jahre zu verzeichnen gewesen. Die Fabrik Harburg-Wien hat die allerhöchsten Verhältnisse. In den Lastkähnen müssen die Arbeiter drei bis vier Stunden hintereinander Nahrung zu sich nehmen. Die Nahrung ist besonders gesundheitsgefährlich. In den neuen Kautschukwerken, wo mit Ammoniak gearbeitet wird, sind wiederholt schwere Vergiftungsfälle zu verzeichnen gewesen.

Ein Mannheimer Kollege bespricht die Verhältnisse in der Steintohlenzeckfabrik. Die Verhältnisse sind durchaus ungenügend. In der Fabrik in Rheinau sind vielfach Arsen- und Phosphorvergiftungen vorgekommen.

Rebner-Hannstadt gibt ein Bild von der Zündholzbranche. Seit dem Eintritt des Phosphorverbots sind ja wohl viele Gefahren beseitigt worden; die Phosphormetalle hat früher ganze Familien weggerafft. Das „Reichszündholz“ bringt aber auch viele Gefahren mit, besonders Verbrennungsgefahren. Bei der Verarbeitung der Masse sollten Masken und Handschuhe verwendet werden, das kommt den Unternehmern aber zu teuer. Eine weitere Gefahr ist das Einatmen des Rauches und Dunstes. Ventilatoren anzuschaffen für den Unternehmern natürlich nicht ein. Hier könnte nur eine starke Organisation Abhilfe schaffen.

Die Griesheimer Fabrik (Elektro) hat eine Filiale in Spandau, aber die dieselben Klagen vorzubringen sind, wie über die Hauptfabrik. Die Respiratoren sind in sehr mangelhaftem Zustande. Bei der Verarbeitung der Salpetersäure werden nicht die geringsten Sicherheitsvorkehrungen angestrebt; die häufigen schweren Entzündungsfälle werden von den Fabrikärzten einfach als „Frampantfälle“ registriert; niemals, auch nicht bei akuten schweren Vergiftungen, ist es einem Arbeiter möglich gewesen, eine Unfallrente zu erhalten.

Ein Delegierter aus Dresden berichtet, daß bei den „temelischen“ Sachen die Unternehmern nichts weniger als gemächlich sind. In der Radebeuler Fabrik v. Heyden wird Brom hergestellt; das Bromdampfentweichen geschieht in Räumen, die fast jeder Ventilation entbehren. Im Bismutbetrieb, wo das Bismut verarbeitet wird, muß Salzsäure verarbeitet werden; die offenen Töpfe, in denen die Salzsäure verrührt wird, verursachen schwere Gesundheitschädigungen. Manchmal stehen Arbeiter 24 Stunden im Betriebe und atmen die arsenhaltigen Dämpfe ein. Wird ein Arbeiter krank, so stellen die Ärzte nur in den seltensten Fällen Arsenvergiftung fest; meistens wird auf „Darm-folik“ oder „Ragenkrankheit“ von den Ärzten diagnostiziert. In einer Fabrik wird in einem Keller Arsenpulver hergestellt; nicht die geringste Schutzvorrichtung, keine Ventilation, keine Masken, nicht einmal Bedeckung der Hände wird den Arbeitern gestellt. In der Indigo-fabrik ist darüber zu sagen, daß die Arbeiter viel zu wenig über die Gefährlichkeit des Betriebes informiert sind. Die Arbeiter wägen sich nicht einmal, ehe sie ihr Fröstel annehmen. Bei der Herstellung von Formaldehyd, das aus Holzgeist hergestellt wird, erkranken ebenfalls viele Arbeiter. Das Formaldehyd greift die Schleimhäute und die Stimmbänder an.

Ein anderer Delegierter aus Sachsen schildert die Gefährdung der Arbeiterinnen durch Weisener in den Rauchgasenbetrieben. Die Weisenerdämpfe sind vielfach noch gefährlicher, wie die Phosphorgerate.

Salzregen-Gesellschaft schildert die Verhältnisse in den Pulverfabriken zu Düsseldorf. Die Verwendung von Summipflaster an den Händen hat häufig schmerzliche Entzündungen zur Folge. In der Dynamitfabrik Komau, einer Stöhde allerhöchster Sorte, werden sämtliche Rohmaterialien hergestellt; die Arbeiter sind den ganzen Tag von Summipflaster umgeben; die Augen der Arbeiter werden zertrüffelt. In den Kalbdruckmaschinen ist es schon vorgekommen, daß Arbeiter so viel Dämpfe an einem Tage atmeten, daß sie für ihr ganzes Leben genug hatten.

Ein Delegierter aus Gießen berichtet an der Referenten die Frage, ob die Ärzte in der Lage sind, Antikörper nachzustellen oder nicht. In Gießen sind früher so viele Blutvergiftungen vorgekommen, die sehr langsam verliefen, aber trotzdem nicht als solche von den Ärzten beachtet wurden. Ein gutes Mittel gegen die Vergiftungs-

gefahr ist die Milch. Seit Genosse Duint einmal in einem Meserale in Gießenheim die Fabrikation heftig angegriffen habe, werde jetzt auch tatsächlich mit gutem Erfolg Milch an die Arbeiter verteilt; wie überhaupt die Gesundheitsfürsorge der Arbeiter der Fabrikation der Organisation hat.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen, obwohl noch 28 Redner vorgemeldet sind. Im Schlußwort sagt Professor Sommerfeld, eine genaue Prüfung aller einzelnen Fälle würde eine lange Zeit in Anspruch nehmen. Die heutige Debatte war lediglich ein Versuch, den Fundament zu schaffen für spätere Arbeit. Die Erfahrungen in den einzelnen Betrieben müssten gesammelt und gesichtet werden. Die Nutzenwert wird aus der Debatte entnehmen, daß noch recht vieles in der chemischen Industrie im argen liegt. Technisch und ärztlich vorgebildete Männer müssen unter Anleitung von Chemikern alle einzelnen Betriebsarten auf ihre Schädlichkeit prüfen. Ob die Unternehmern wirklich so schlecht handeln, wie heute behauptet wurde, will ich nicht prüfen. Die Unternehmern sind aber selbst häufig noch nicht informiert über die Schädlichkeit in ihren Betrieben. Die ganze Gistlehre ist ja noch Keuland für uns; die Gewerbehygiene ist ja überhaupt noch ein junges Zweig der Medizin, wie haben noch nicht die nötigen wissenschaftlichen Grundlagen, um etwas Gutes und Festes zu schaffen. Es wird nicht besser werden in der Zukunft, ehe nicht der Gewerbearzt, der hygienische Gewerbeinspektor, den ich schon vor Jahren in einer bei Gustav Fischer in Jena erschienenen Broschüre gefordert habe, eingeführt wird, der Gelegenheit hat, seine Kenntnisse in den Dienst der Industrie zu stellen. Die Gesundheitsgefahren werden dann nicht mehr nur „zufällig“ entdeckt werden. Wichtig ist auch, daß die Krankenkassen eine bessere Statistik über die Gesundheitsgefahren anbahnen. Dann wird sich auch endlich die Regierung gezwungen sehen, einzugreifen.

Am Pfingstmontag referierte Kollege Schneider über „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in der chemischen Industrie beschäftigtsten Arbeiter und Arbeiterinnen.“

Statistisch gezeichnete der Redner, durch einige graphische Tabellen unterstützt, in kurzen Zügen ein Bild von der Entwicklung der chemischen Industrie in den letzten 25 Jahren. Er wies besonders hier auf die enorm gestiegene Arbeiterzahl, die vermehrte Verwendung weiblicher Arbeitskräfte, die Konzentration der Produktion, die Zusammenballung des Kapitals und die hohe Rentabilität der chemischen Industrie. Anknüpfend an einige Neuerscheinungen des Prof. Dr. Sommerfeld erklärte der Redner, daß er seinen Ausführungen über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter einige Angaben über die wirtschaftliche Lage der Unternehmern vorausschicken wolle, um so prüfen zu können, ob denn die oft aufgestellte Behauptung, daß die Arbeiterlöhne um so höher, je rentabler der Betrieb, richtig sei. Er führte dann ungefähr folgendes aus:

Ueber die Gewinne der Unternehmern der chemischen Industrie erfahren wir genaues nur aus den Bilanzen der Aktiengesellschaften. Diese Bilanzen zeigen aber, daß keine andere Industrie Deutschlands dauernd so hohe Gewinne ausschüttet wie die chemische. Die Durchschnittsbilanz aller Aktiengesellschaften betrug im Jahre 1907 nicht weniger als 15,45 Prozent. Seit 1888 ist die Dividende im Durchschnitt um fast 70 Prozent gestiegen, während die Arbeitslöhne (nach den Berichten der Berufsvereinigungen) nur um ca. 40 Prozent stiegen. Der Gewinn der Unternehmern stieg also fast doppelt so schnell als der Lohn der Arbeiter. Besonders rentabel ist die Teerfarbenindustrie. Seit 15 Jahren ist die Durchschnittsbilanz dieses Zweiges der chemischen Industrie nicht unter 20 Prozent herabgegangen. Die rentabelsten Betriebe der chemischen Industrie sind die drei Kiensteinbetriebe in Götting, Elberfeld und Ludwigshafen. Diese drei Betriebe zahlten in den letzten fünf Jahren über 100 Millionen Mark Dividende an ihre Aktionäre. Um die Dividende nicht gar zu hoch anschwellen zu lassen, wurde bei einigen Gesellschaften das Kapital vermindert, indem neue Aktien zu niedrigeren Kursen als die inhaber der alten Aktien ausgegeben wurden. So boten im Jahre 1907 die Elberfelder Farbwerte, die neben einer Dividende von 36 Prozent auch eine Sonderdividende von 20 Prozent ausschütteten, ihren Aktionären 15 Millionen Mark neuer Aktien zum Kurs von 105 Prozent an, obwohl der Vorkurs 640-650 notierte. Durch diese Manipulationen erhielten die Aktionäre eine Vergrößerung ihres Kapitals um rund 300 Prozent. Trotzdem lagte der Geschäftsbericht der Gesellschaft über Belastung des Unternehmens durch sozialpolitische Gesetze. Zur Illustration dieses Abganges führte der Redner an, daß allein die paar Mitglieder des Aufsichtsrates und der Direktion mehr als doppelt soviel an Lohntilgen erhalten hätten, als die gesamten Beiträge für Arbeiter- und Arbeiterinnenversicherungen. Der Gewinn habe im Jahre 1907 pro Arbeiter rund 3000 Mark betragen, für Versicherungs-zweck seien pro Arbeiter ganze 31 Mark, also ca. 1 Prozent des Gewinnes aufgewendet worden.

Den so oft konstatierten, von den Unternehmern selbst zugestandenem Einfluß der chemischen Industrie bei den Regierungen und den gesetzgebenden Körperschaften führt Redner zurück auf die rege Beteiligung höher und höherer Kreise an dieser Industrie. Unter den Aufsichtsratsmitgliedern findet man sehr wenig „gewöhnliche“ Sterbliche. Eine schlagende Belegstelle ergab, daß 68 Reichsratsmitglieder, 13 Stadträte, Senatoren und Bürgermeister, 9 Professoren, 5 Medizinräte, 18 Kommandeure und Generalkonsole, 7 Generale, 10 geheime Regierungsräte, 13 Ministerialdirektoren und 3 Minister in den Aufsichtsräten der chemischen Industrie sitzen, um durch ihre Kenntnisse und ihre Verbindungen zu nützen.

Bemerkenswert sei, daß die Fabriken, deren Aufsichtsratsliste die höchsten Titel aufweist, regelmäßig die höchsten Dividenden zahlen. Das hier Ursache und was Wirkung sei, wolle er ununtersucht lassen. Zweifellos sei die Lage der Unternehmern der chemischen Industrie so gut, daß sie allen Anlaß hätten, „aufzureden“ zu sein.

Redner untersucht dann die Lage der Arbeiter und beginnt mit den Löhnen in der chemischen Industrie. Nach einer vom Fabrikarbeiterverband im Jahre 1907 aufgenommenen Statistik, an der 1474 Arbeiter chemischer Fabriken beteiligt waren, verdienen 75 Prozent weniger als 25 M. pro Woche. Auch die von der Babington Anilin- und Soda-fabrik im selben Jahre bei der Gewerbeinspektion hinterlegte Lohnstatistik ergebe bei näherer Prüfung ein sehr unangünstiges Bild. Nur dadurch, daß die Firma alle Ueberzeitarbeit in den Lohn eingerechnet habe, sei ein einigermaßen zureichender Durchschnittslohn herausgekommen. Aber auch so blieben noch 48 Prozent der Beschäftigten unter 1600 M. jährlich. Ueber den Verbleib ohne die mörderische Ueberarbeit geht nur die eine Bemerkung aus: „daß der durchschnittliche Jahreslohn der Arbeiter über 20 Jahre bei normaler Arbeitszeit 1290 M. betragen habe. An Hand der Haushaltslohnberechnungen des „Arbeitsmarktes“ weist der Redner dann nach, wie unzureichend die Löhne der großen „Anilin“ seien.

Ein besonders treffendes Bild der Ausbeutung in den chemischen Betrieben gab ein Auszug aus dem Krankenlistenstatistik einer chemischen Fabrik in Jawodzie, worin die durchschnittlichen Löhne wie folgt festgesetzt waren:

Maschinen- und Zimmerer 2,- M. pro Tag.
Arbeiter über 16 Jahre 1,80 „ „
Arbeiter unter 16 Jahren und Arbeiterinnen 0,80 „ „

An Hand der Berichte der Berufsvereinigungen untersuchte der Redner noch die Schwankungen der Durchschnittslöhne in den letzten 20 Jahren, sowie ihr Verhältnis zu den Dividenden der Aktiengesellschaften. Zum Schluß wies er auf das „Reichsarbeitsblatt“ hin, das in seiner letzten und vorletzten Nummer auf Grund der Krankenlistenberichte aus Magdeburg, Düsseldorf und Dresden zu einem geradezu vernichtenden Urteil über die Löhne in der chemischen Industrie kommt. Ueber die

Arbeitszeit in der chemischen Industrie berichtet der Redner auf Grund der Verbandsstatistik. Nach die-

Kollege Drey schließt den Kongress mit herzlichem Dank an die gastfreundlichen Frankfurter. Es wird nicht leicht sein, das Resultat der Arbeit zusammenzufassen. Aber abgesehen von Einzelheiten kann wohl die Frage, ob der Zweck der Konferenz erreicht ist, bejaht werden. Arbeiter, die praktisch die Gefahren der chemischen Industrie erkannt haben, sind in großer Zahl zu Wort gekommen aus allen deutschen Gauen. Wenn auch nicht alle über die nötigen chemischen, medizinischen oder technischen Dinge Bescheid wissen, so waren sie doch einig darin, daß sie die Lust haben und die Kraft in sich fühlen, die schauerhaften Zustände in der chemischen Industrie zu beseitigen. Dieser ernste Wille ist das beste Fundament für unsere weitere Arbeit.

Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Differenzen bestehen in: Delmenhorst (Zementfabrik), Heilbrunn (Zementfabrik Lauffen), Gelmstedt, Stettin (Chemische Fabrik), Offenbach (Chemische Fabrik Mühlheim), Speyer (Zementwarenfabrik), Halberstadt, Salzwedel, Gelle (Seifenfabrik), München (Seifenfabrik), Ludwigshafen (Düngerfabrik) und Isehoe.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Samburg. Die Kollegen der Oelluchermühle von Karl Hirshberg, Samburg, kleine Grasbrook, in der derzeit 120 Arbeiter beschäftigt sind, von denen 85 unserm Verbände angehören, unterbreiteten der Firma am 9. Mai ein von der Verbandsleitung angefertigtes Lohngeulch.

Durch Verhandlung, die von der von den Arbeitern gewählten Kommission geführt wurde, wurde mit der Firma folgendes vereinbart:

Table with 2 columns: Lohnbestandteil, Betrag. Includes: Anfangslohn 33 Pf. pro Std. bisher 35 Pf., Nach 3 Monaten 39, Nach 1/2 Jahr 40, etc.

Heberstunden im Schuppen 5 Pf. Zuschlag, bisher 4 Pf. Bei Schiffarbeiten 10 Pf. Zuschlag.

Aufgabe der Kollegen in diesem Betrieb muß es sein, unermüdet an dem Ausbau der Organisation zu arbeiten, dann dürfte es auch gelingen, in absehbarer Zeit die so notwendige Verfürzung der Arbeitszeit zu erringen.

Lägerdorf. Der Zustand auf den Breitenburg-Holsteinischen Zementfabriken zu Lägerdorf ist beendigt. Am Sonnabend, dem 5. Juni, tagte eine Versammlung der Streikenden, in welcher der Stand des Streiks besprochen wurde. Kollege Drey teilte mit, daß Verhandlungen weder mit dem Herrn Direktor selbst, noch durch Mittelspersonen zu erlangen gewesen seien. Nur durch direkte Auseinandersetzung sei es möglich, die Forderungen zu erhalten, daß die unterm 25. Mai gemachten Zugeständnisse noch als bindend gelten sollten, wenn heute die Aufnahme der Arbeit beschlossen würde. Nur bezüglich der Wiederbeziehung der Wohnungen solle von Fall zu Fall entschieden werden. Die für Aufnahme der Arbeit festgesetzten Punkte waren:

- 1. Schlammkader, Packer: Mindestlohn in den Wintermonaten 3,20 RM.
2. Pressenleuten: Mindestlohn in den Wintermonaten 3 RM.
3. Sämtliche Vorarbeiter und Maschinenisten können ihren alten Posten wieder erhalten nach Erklärung innerhalb acht Tagen.
4. Die früheren Fabrikwohnungsbesitzer können auf ihren Antrag die früheren Wohnungen zu den alten Bedingungen wieder beziehen.
5. Alle Arbeiter sollen wieder eingestellt werden bis auf drei, die sich besonderer Vorgehen gegen die Fabrik, wie Hausfriedensbruch, schuldig gemacht haben.

Kollege Drey vertritt den Standpunkt, daß der Zustand auf totes Gleis komme, wenn keine Verhandlung nicht beschloffen würde. Das Verhalten der Betriebsleitung lasse den Schluß zu, daß weitere Forderungen nicht bewilligt würden. Weil eine Anzahl von Arbeitswilligen die Fabrikleistung in dem abgelaufenen Standpunkt bekräftigen, so müsse er dringend anempfahlen, die Arbeit aufzunehmen. In der Debatte wurde von den streikenden Kollegen der Standpunkt vertreten, daß die Arbeitswilligen zum großen Teil abseien würden, und die verbleibenden seien nicht in der Lage, die Arbeit der Streikenden verrichten zu können. Das Abstimmungsresultat wurde unter unbeschreiblichen Ausdrücken der Aufregung entgegengenommen. Eine Anzahl der Versammlungsteilnehmer verlangte eine Wiederholung der Abstimmung, weil die Streikposten nicht eingezogen worden seien. Dem widersetzte sich Kollege Drey, der die Abstimmung als korrekt vollzogen erklärte. Trotz des Widerspruchs erfolgte am Sonntagmorgen eine zweite Abstimmung, die aber hinter dem Dreierstimm-Mehrheit um sieben Stimmen zurückblieb. Es folgten die gleichen Ausdrücke der Aufregung wie am Tage vorher! Eine Aussprache über Regelung der Aufnahme der Arbeit war vollständig unmöglich.

Korrespondenzen.

Kolberg. Große Arbeitsverhältnisse herrschen in fast allen Betrieben der hiesigen Gegend, besonders in den Ziegeleien. Weil die Organisation hier bisher noch schwach war, glaubte man seitens der Unternehmer nicht nötig zu haben, die Einrichtungen in den Betrieben, namentlich in technischer Hinsicht, so zu gestalten, daß sie den berechtigten Anforderungen der Arbeiter entsprechen. In der letzten Sessionen unter der Leitung des Verbandsleiters vorgekommene Forderungen für gute Löhne erfüllt und werden die Arbeiter dadurch in den Stand gesetzt, bei weiterer Stärkung der Organisation die Forderungen der Arbeitgeber aus eigener Kraft zu erreichen. Auf der Schmelzfabrik und Holzfabrik werden überall noch Streikposten von 20 bis 30 Mann. Auch hier hat die Organisation Fortschritte zu verzeichnen, denn die Arbeiter in ablehbarer Zeit durch die Forderung der Arbeitgeber aus eigener Kraft zu erreichen. Das Streikresultat ist die Chemische Fabrik, in welcher jetzt 100 Arbeiter in unsern Verband in Frage kommen. Dagegen dort der Streikposten die Woche um 10,50 RM und der Gehalt 18 RM beträgt. Warum die Arbeiter nicht zur Arbeit. Der hauptsächlichste Grund liegt hier die Streikposten, mit denen die Arbeiter gehen werden. Es ist in dem Streikposten das Hauptziel einen Zugang von jetzt 50 Mann. Es geht vorwärts.

Flussmühlener Grund. Die Arbeiter der Schmelzfabrik von Kolberg, die gehen zu denen, die am Wert der gewerkschaftlichen Organisation und nicht zu schätzen wissen. Nur ein wenig haben den Weg zur Organisation gefunden. Herr Drey ist allerdings nach Kolberg, die Organisation und einen Bescheid herbeiführen. Als Mitglied ein Arbeiter fand wurde er von der Firma eine kleine Unterstufung. Nach dem Streik hat Herr Drey: Wenn ich gewagt hätte, daß Sie in Kolberg sind, dann hätte ich mich bemüht. Dabei muß die Arbeit des Streikposten Kolberg Arbeiter von dem Streikposten nicht gehen werden, doch die Firma einen kleinen Streikposten hat. Die Unterstufung wird dem Streikposten die Organisation von Herrn Drey herbeiführen. Herr Drey ist allerdings nach Kolberg, die Organisation und einen Bescheid herbeiführen. Als Mitglied ein Arbeiter fand wurde er von der Firma eine kleine Unterstufung. Nach dem Streik hat Herr Drey: Wenn ich gewagt hätte, daß Sie in Kolberg sind, dann hätte ich mich bemüht. Dabei muß die Arbeit des Streikposten Kolberg Arbeiter von dem Streikposten nicht gehen werden, doch die Firma einen kleinen Streikposten hat. Die Unterstufung wird dem Streikposten die Organisation von Herrn Drey herbeiführen.

Sachsen-Grund. Frau Köhler hat mich um die am 2. Juni vorgekommene Forderungen. Durch streikende Arbeiter...

Verwaltungsmitglied und einiger pflichterfüllter Kollegen ist es uns gelungen, annähernd 50 neue Kollegen in die Organisation hineinzubringen. Der Erfolg ist um so höher zu veranschlagen, wenn man in Betracht zieht, daß die Zahl der Arbeiter in der Anzahl ländlicher Orte zusammenzieht, die nur teilweise kleine Betriebe mit wenigen Arbeitern aufweisen und letztere ein so großes Quantum Knechtseligkeit und Untertänigkeit gegenüber den Unternehmern oder deren Antriebern besitzen, daß es nur schwer ist, sie für die Organisation zu gewinnen. Da Bescheidenheit zum Ziel führt, werden wir nicht ruhen und nicht aufhören, bis auch der letzte dieser Arbeiter der Organisation zugeführt ist.

Wetten. Am 1. Mai 1909 ist auf der hiesigen Osenfabrik von F. Wollschläger eine neue, äußerst originelle Arbeitsordnung in Kraft getreten. Einige beachtenswerte Paragraphen geben wir hier wieder. Der § 2, Auflösung des Arbeitsverhältnisses, lautet folgendermaßen:

Die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses kann jederzeit von beiden Seiten ohne Aufkündigung täglich am Schluß der Arbeitszeit geschehen, jedoch müssen Akkordarbeiter die angefangene Arbeit fertig stellen. Im übrigen gelten bezüglich beiderseitiger Aufhebung des Arbeitsverhältnisses vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung die Bedingungen der Gewerbeordnung, bezw. die Novelle vom 1. Juni 1891, als z. B.: auf Vorteil berechnete Aufhebungen und Fälligkeiten beim Abschluß des Arbeitsvertrags, Diebstahl, Betrug, lieblicher Lebenswandel, Trunkenheit, unbesugtes Verlassen der Arbeit, Ungehorsamkeit, grobe Beleidigungen gegen Arbeitgeber und Vorgesetzte, Sachbeschädigung, Aufreizung gegen die bestehenden Einrichtungen (Wir wären neugierig, zu erfahren, aus welcher Gewerbeordnung Herr W. das herausgelesen hat. Red.), Unzucht, Unfittlichkeit usw.

Der interessanteste Paragraph, § 7, Schadenersatz, lautet: „Der Arbeiter haftet mit seinem Lohn für jeden der Fabrik zugefügten Schaden an Rohstoffen, Werkzeugen, Geräten, Formen, Modellen, Fabrikaten, Mobilien und Immobilien. Der Arbeiter, welcher die Arbeit unbefugt verläßt, haftet der Fabrik für den dadurch entstandenen Schaden bis zum Betrage seines Wochenlohnes.“

Der abgezogene Lohnbetrag fließt der Geschäftskasse zu. § 8, Beschwerdeführung: „Beschwerden der Arbeiter dürfen von nicht mehr als drei Arbeitern gleichzeitig bei der Fabrikleitung angebracht werden.“

Aus der ganzen Arbeitsordnung ist ersichtlich, daß wohl viel von den Pflichten, aber nichts von den Rechten der Arbeiter die Rede ist. Auch findet man, daß diese Arbeitsordnung der Gewerbeordnung und sogar unserm im vorigen Jahre abgeschlossenen Lohnvertrag widerspricht. Im § 4 heißt es in der Arbeitsordnung, die Lohnzahlung findet freitags am Schluß der Arbeitszeit statt, dagegen heißt es im Tarif, die Lohnzahlung findet während der Arbeitszeit statt. Hier vermischt der noble Herr W. eine Umgehung des Lohnarbeits. Der § 6 Absatz 5 handelt von Zustandhaltung des Arbeitsplatzes. Auch hier beabsichtigt Herr W., die Ausgabe für die Reinigung für sich als Profit in die Tasche zu stecken, denn wenn jeder Arbeiter seinen Arbeitsplatz ausgeräumt und gesäubert verlassen würde, so erübrigt sich die eigentliche Reinigung zum Nutzen des Besitzers. Nach den Ausführungen im § 7 würde mit großer Leichtigkeit jeder Arbeiter Arbeitgeber sein können, denn für fehlerhafte Ware wird der Arbeiter verantwortlich gemacht. Wird die Arbeit durch schlechtes Material oder abgenutzte Werkzeuge fehlerhaft, muß der Arbeiter dafür hungern. Es ist also nicht schwer, Osenfabrikant zu sein. Am Schluß wird gesagt, bei Aufstellung dieser Arbeitsordnung hätten großjährige Arbeiter mitgewirkt und sich darüber geäußert. Kein Arbeiter im ganzen Betrieb weiß von einer derartigen Vereinbarung. Jetzt aber verlangt Herr W. von jedem Arbeiter die Unterzeichnung dieser Arbeitsordnung. Aber was war die Antwort untrer Kollegen und Kolleginnen? Eine derartige Arbeitsordnung ist Tinte und Feder nicht wert.

Kundschau.

Graf Deinhardt †. Am ersten Pfingstfeiertage ist Genosse Graf Deinhardt, Redakteur der „Holzarbeiterzeitung“, im Alter von 37 Jahren verstorben. Sein Tod kommt nicht überraschend. Schon lange zeigte die Proletariatskrankheit an seinem Körper. Nur durch eiserne Energie und glühende Begeisterung für die Sache der Arbeiter gelang es ihm, den Körper zur Arbeit zu zwingen.

Deinhardt war seit 1900 Redakteur der „Holzarbeiterzeitung“. Es ist nicht zum wenigsten sein Verdienst, daß das Blatt zu den bestbelegtesten Zeitschriften Deutschlands gehört. Sein Wissensdrang, sein rastloser Fleiß sowie seine unergründliche Ueberzeugungstreue sichern ihm ein ehrenvolles Andenken in der Arbeiterbewegung.

Verbandsnachrichten.

Der Kollege Hermann Langhoff, Buch-Nr. 67 196, aus Dörmbeck a. S., wird gebeten, seine Adresse sofort an Paul Kitzsch, Lüneburg, Ritterstraße 46, 1. Et., gelangen zu lassen, da er im Anmarsch als Zeuge notwendig gebraucht wird. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, den Kollegen Langhoff hierauf aufmerksam zu machen.

Vom 1. Juni ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Breslau 400.—, Schandau 250.—, Waldheim 200.—, Karlsruhe 200.—, Chemnitz 200.—, Osnabrück II 200.—, Ressen 110.—, Tilsit 100.—, Jauer 16,78, Kallberge 13,80, Lauenburg a. E. 500.—, Rabenberg i. S. 300.—, F. Schr. 10.—, Traunheim 106,85, Harburg 800.—, Zeitz 150.—, Köthen 150.—, Gumn 100.—, Schwarzenberg 100.—, Jägnitz 80.—, Leipzig 800.—, Kalbe a. S. 200.—, Eyrich 20,08, Bahlhude 18,80, Mordensheim 6,70, Dörfau 800.—, Tangermünde 400.—, Rathenow 150.—, Dresden 800.—, Wolmirstedt 200.—, Langenberg (H.) 200.—, Altona-Dünen 15.—, Trautitzsch 140.

Schluß: Montag, 7. Juni, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 1. Quartal 1909 haben eingekandt: Kalkenburg, Kallberge, Jauer, Andernach, Stritz.

Zusammung zur Erhebung von Extrabeiträgen: Zrebnis. 10 Pf. pro Mitglied und Monat.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

- Nr. 54 708 für Julius Pietichmann, eingetreten am 13. Juli 1907 in Lungenau.
Mitgliedskarte Nr. 6619 für Adolf Blasch, eingetreten am 20. Januar 1909 in Ragaburg.
Nr. 74 026 für Robert Gortisch, eingetreten am 12. Mai 1906 in Breslau.
Nr. 120 021 für August Wenzel, eingetreten am 18. März 1906 in Gerswalde.
Nr. 228 111 für Johann Kallier, eingetreten am 11. Januar 1907 in Rügen.
Nr. 271 042 für Konrad Weder, eingetreten am 24. Juni 1907 in Harmen.
Nr. 287 117 für Gustav Lautenschläger, eingetreten am 9. April 1905, abgetreten am 10. Oktober 1907 in Rain.
Nr. 93 736 für Joseph Sent, eingetreten am 14. Februar 1906 in Karlsruhe.
Mitgliedskarte 16 528 für Hermann Rejewitz, eingetreten am 26. April 1909 in Tilsit.

Ausgeschloffen auf Grund des § 7 des Statuts ist das bisherige Mitglied Richard Raab, Mitgliedskarte Nr. 32 291, Bahlhude Harburg. Paul Wärfel, Buch-Nr. 279 608, bisheriges Mitglied der Bahlhude; Schandau a. E. Wilhelm Döring, Buch-Nr. 93 777, eingetreten am 31. Dezember 1905 in Obergerg i. M. Wilhelm Niemann, Buch-Nr. 47 573, eingetreten am 1. April 1905 in Obergerg i. M. Hermann Adtke, Buch-Nr. 244 541, eingetreten am 1. April 1907, Bahlhude Stettin. Theodor Reglin, Buch-Nr. 109 095, eingetreten am 9. November 1905, Bahlhude Stettin. Carl Ruad, Buch-Nr. 94 698, eingetreten am 15. August 1905, Bahlhude Stettin. Georg Freuß, Buch-Nr. 18 860, eingetreten am 27. Februar 1909, Bahlhude Regensburg.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Wojzenburg (Eber). Ferd. Richter.
Emmerich. Heinrich Jansenfeld, Steinweg 59/60.
Geldingfeld. Georg Riedner, Untere Mainingasse, Alte Schützenmühle.
Pforzheim. Wilhelm Gewinner, Tal 15.
Sebnitz. Johann Plich, Schandauerstraße 183 D.
Wittenberge a. Potsdam. Kreis- und Gewerkschaftenunterstützung in der Herberge (H. Jahn), Steinstraße, jeden Abend von 6-8 Uhr ausbezahlt.

Bilanz der Abrechnung vom 4. Quartal.

Table with 2 columns: Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse, Gesamt-Einnahme. Includes: Kassenbestand vom vorigen Quartal 1.234.298,84 RM, Eintrittsgeld 4.216,—, Beiträge a 50 Pf. 61.853,50, etc.

Gesamt-Ausgabe.

Table with 2 columns: In Erwerbslosen-Unterstützung, In Streik-Unterstützung, In gemäßigter Mitglieder, etc. Includes: In Erwerbslosen-Unterstützung 238.059,87 RM, In Streik-Unterstützung 25.949,17, In gemäßigter Mitglieder 10.904,88, etc.

Summa 481.274,52 RM.

Bilanz. Gesamteinnahme 1.858.311,65 RM. Gesamtausgabe 481.274,52 RM. Bleibt Kassenbestand 1.377.037,13 RM.

Sannover, den 10. Mai 1909. Heinrich Sad, 2. Vorsitzender. Fritz Bruns, Kassierer. Franz Koch, U. Jilmer, Karl Bauer, Revisoren.

Interate. Zahlstelle Nürnberg sucht zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen Agitationsleiter. Bewerber müssen drei Jahre dem Verbände als Mitglied angehören und zur Abhaltung von Vorträgen befähigt sein. Der Bewerber muß Lebenslauf und eine vollständige Quartalsabrechnung beigelegt werden und muß dieselbe bis spätestens 23. Juni mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Unterzeichneten eingekandt sein. Johann Messerer, Ag., Brechtelstraße 16, 8. Et. 6,50. [2]

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1908.

II.

Die Ausgaben der Kartelle werden hauptsächlich gedeckt durch feste Beiträge, die von den angeschlossenen Gewerkschaften erhoben und in der Regel pro Mitglied berechnet werden. Daneben bestehen noch als Einnahmequellen Uebererschüsse aus Veranstaltungen und Unternehmungen. Von den 606 an der Statistik beteiligten Kartellen erheben einen festen Beitrag pro Mitglied 599. Von 2 Kartellen wird als Beitrag ein bestimmter Betrag von jeder verkauften Beitragsmarke berechnet. Zwei weitere Kartelle erheben von den Gewerkschaften eine bestimmte Pauschalsumme und 3 Kartelle haben über die Beitragsleistung keine Angaben gemacht. Unter den 599 Kartellen, die feste Beiträge pro Mitglied erheben, befinden sich 102, welche getrennte Beitragsleistungen für die Kartellkasse und das Sekretariat haben. Die Zahl der Kartelle mit einem Beitragsfuß bis höchstens 20 Pf. beträgt 102. Einen Beitrag von 21 bis 80 Pf. erheben 333 Kartelle. 70 Kartelle erheben einen Beitrag von 0,81 bis 1,20 M. Bei 37 Kartellen beträgt der Beitrag 1,20 bis 2 M. Einen Beitrag von über 2 M. erheben 7 Kartelle. Der höchste Beitrag beträgt 3 M. und wird von einem Kartell erhoben. Die Beitragsleistung hat sich wieder stark nach aufwärts bewegt. Die Zahl der Kartelle, die einen Beitrag von höchstens 20 Pf. erheben, ist seit 1907 von 19,9 Prozent auf 16,8 Prozent zurückgegangen; die Durchschnittsbeitragsleistung ist von 56,2 Pf. auf 60,7 Pf. gestiegen.

Ueber Einnahmen und Ausgaben der Kartelle liegen aus 589 Orten Angaben vor. Diese 589 Kartelle hatten insgesamt Einnahmen: an Beiträgen 610 446 M., an Streiksammlungen 9987 M., an sonstigen Einnahmen aus den Uebererschüssen von Veranstaltungen und Unternehmungen, Sammlungen, Schenkenbetrieb usw. 275 858 M. Die Gesamteinnahme betrug 886 291 M. Dieser Gesamteinnahme steht eine Ausgabe von 883 158 M. gegenüber.

Stellt man Einnahme und Ausgabe für Streiks außer Berechnung, so ergibt sich für das Jahr 1908 gegenüber dem Jahre 1907 eine Vermehrung der Gesamteinnahmen um 101 657 M. und eine Erhöhung der Gesamtausgabe um 186 477 M.

Die Kassenbestände der 589 Kartelle betrugen am Schluß des Jahres 1907 471 770 M. und am Schluß des Jahres 1908 484 903 M. Es ist bemerkt eine Vermehrung der Kassenbestände von 13 133 M. eingetreten.

Bei der Verteilung der Ausgaben auf die einzelnen Posten (ohne Streiks) für die Jahre 1907 und 1908 ergibt sich folgendes Bild:

Es betragsgabten für	1907		1908	
	Kartelle	M.	Kartelle	M.
Agitation	447	65 081	484	84 427
Arbeitervertreterwahlen	218	29 082	240	29 322
Statistische Erhebungen	58	5 441	84	7 007
Verbergen und Arbeitsnachweis	60	12 615	78	14 739
Gewerkschaftshäuser und Versammlungsorte	74	72 652	90	82 086
Ausfunfterteilung, Bibliothek und Besessallen	393	213 069	449	239 403
Verwaltung:				
Gehälter, Miete, Verwaltungsmaterial, Inzerate usw.	465	134 428	522	189 058
Sonstige Ausgaben	492	150 713	547	223 516
Summa	—	683 081	—	809 558

Die Ausgaben sind bei allen Positionen, und zum Teil recht erheblich gestiegen. Unter den Ausgabenposten für Verwaltung sind von einer ganzen Anzahl Kartelle auch Kosten für Ausfunfterteilung berechnet worden. Wie hoch die dafür ausgegebenen Summen unter diesen Ausgabenposten sind, läßt sich aus den Kassenberichten nicht feststellen.

Die Einnahmen und Ausgaben für Unterstützung von Streiks und Aussperrungen sind gegenüber dem Jahre 1907 stark zurückgeblieben. Es wurden zu diesem Zweck 102 440 M. weniger eingenommen und 101 629 M. weniger ausgegeben. Die größeren Summen des Jahres 1907 sind in erster Linie darauf zurückzuführen, daß von der Generalkommission im gleichen Jahre in sechs Fällen Anträge zur Sammlung von Geldern zur Unterstützung streikender Gewerkschaften des In- und Auslandes ergingen, während solche für das Jahr 1908 unterblieben. Dadurch hat sich die Unterstützungssumme, die von den Kartellen für auswärtige Streiks abgeführt wurde, um 82 045 M. verringert. Bei der Verringerung der Ausgaben für Streiks am Orte seitens der Kartelle mag zunächst die ungünstige wirtschaftliche Konjunktur von Einfluß gewesen sein, die naturgemäß die Zahl der Angriffsbewegungen der Arbeiterchaft zurückdrängt. Aber auch die immer mehr sich steigende finanzielle Leistungsfähigkeit der Zentralverbände, die sich auch auf die Zweigvereine erstreckt, bildet ein merkwürdiges Moment für das Zurücktreten der Unterstützungen bei Streiks durch die Kartelle. Dies kann als ein erfreulicher Entwicklungsgang der deutschen Gewerkschaften angesehen werden.

Wenn wir uns in jedem Jahr auf Grund von gut durchgeführten statistischen Erhebungen mit der Entwicklung der Kartelle der freien Gewerkschaften beschäftigen, so erscheint es auch angebracht, ähnliche Einrichtungen der gegnerischen Gewerkschaften aufmerksam zu ver-

folgen. Die für uns dabei in Frage kommenden Organisationen, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften, haben es bis jetzt vorgezogen, sich über die Zahl und Stärke ihrer Ortsgruppen auszusprechen. Die Angaben, die wir darüber zu machen vermögen, verdanken wir den Informationen unserer Kartellfunktionäre. Sie können nicht als vollständig angesehen werden, weil sie nur gemacht sind für die Orte, in denen Kartelle der freien Gewerkschaften bestehen und es selbst dort schwierig hält, von den gegnerischen Gewerkschaften zuverlässiges Zahlenmaterial zu erhalten.

Nach den uns gemachten Angaben befinden in 153 Orten (1907 161) Ortsverbände der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, denen 606 (1907 542) Ortsverbände angeschlossen sind. In 135 Orten (1907 124) waren Kartelle der christlichen Gewerkschaften vorhanden, deren 691 (1907 551) Zweigvereine angehörten. In 20 Orten bestehen Hirsch-Dundersche Arbeitersekretariate und Reichsausfunftsbureaus, und in 94 Orten befinden sich christliche Sekretariate oder Volksbureaus.

Bei der Unvollständigkeit des Materials lassen sich aus den für die Jahre 1907 und 1908 gegebenen Zahlen bestimmte Schlüsfolgerungen über die Entwicklung der gegnerischen Kartelle nicht ziehen. Unsere Kartelle werden aber gut tun, dort, wo sie mit gegnerischen Kartellen zu rechnen haben, alle Kräfte anzuwenden, um die Ausdehnung der freien Gewerkschaften zu fördern und damit die vollständige Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen.

Wie die früheren Statistiken der Kartelle der freien Gewerkschaften, so gewährt uns auch die des Jahres 1908 einen guten Einblick in ein reiches, vielgestaltiges Bild gewerkschaftlicher Tätigkeit. Die steigende Entwicklung der Kartelle, besonders aber die eingetretene Vermehrung derselben seit dem Jahre 1907, kann mit als ein Zeichen dafür gelten, daß die Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung selbst nicht in einer Periode der drückendsten wirtschaftlichen Krise gehemmt werden können. In solche Zeiten erscheinen sogar geeignet, den festesten Zusammenhalt der Gewerkschaftsmitglieder zu fördern. Und dieses Moment wird wieder dazu beitragen, einen kräftigen numerischen Aufstieg der freien Gewerkschaften herbeizuführen, sobald mit einer günstigeren wirtschaftlichen Konjunktur eine größere Bewegungsfreiheit der Arbeiter eintritt.

Mögen die Gewerkschaftskartelle sich stets der hohen Aufgaben, die sie im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung zu erfüllen haben, bewußt bleiben. Mögen die Kartelle auch fernerhin besonders bemüht sein, nach besten Kräften mitzuwirken an der Ausdehnung der freien Gewerkschaften und der Vertiefung des Klassenbewußtseins bei der deutschen Arbeiterschaft.

E. Herrmann.

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

Diejenigen Zahlstellenleitungen, die unserm Rundschreiben vom April d. J., betreffs Ernennung von Obmannern für die in Ziegeln beschäftigten Arbeiter, noch nicht nachgekommen sind, werden ersucht, dies baldmöglichst nachzuholen und uns die Adressen der Obmänner mitzuteilen, da in nächster Zeit die Versendung des Materials beginnt.

Auch jene Zahlstellen, die aus irgendwelchen Gründen dieser Aufforderung nicht nachkommen können, sind verpflichtet, uns davon Mitteilung zu machen.

Die Agitationsleitung der Ziegelearbeiter.

Aus den Berichten der preussischen Gewerbeinspektionen 1908.

IV.

Den Kalksandsteinfabriken wurde im Berichtsjahre besondere Aufmerksamkeit gewidmet, um die Gesundheitsverhältnisse der in diesem Industriezweig beschäftigten Arbeiter festzustellen. Das Ergebnis dieser Ermittlungen geht in den einzelnen Bezirken weit auseinander, so daß es schon von vornherein keinen Anspruch auf Zuverlässigkeit machen kann. Der häufige Arbeiterwechsel in diesen Betrieben macht eine zuverlässige Statistik über die gesundheitsschädlichen Einwirkungen der Produktionsweise unmöglich, die Beamten sind deshalb bei ihren Feststellungen lediglich auf die Angaben der Unternehmer und ihrer Angestellten angewiesen, die, wie der Beamte von Gumbinnen zugibt, häufig ein Interesse daran haben, die Arbeit als möglichst ungesundlich hinzustellen. Trotz dieser anhaftenden Mängel sind die Auslassungen und Feststellungen einzelner Beamten doch von Interesse.

Die ungeheure Staubentwicklung in den technisch noch unvollkommenen Betrieben gefährdet die Gesundheit der Arbeiter außerordentlich. Schon der auffallend starke Wechsel der Arbeiterchaft bestätigt das. In einer Kalksandsteinfabrik des Potsdamer Bezirks betrug bei einer durchschnittlichen Beschäftigung von 22 Arbeitern die Zahl der im Laufe von zwei Jahren beschäftigten Personen 156. Nichts hat die gesamte Arbeiterchaft innerhalb dieser Zeit nicht weniger als siebenmal gewechselt. Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer betrug für jeden Arbeiter nur 15 Wochen, gewiß kein Zeichen erträglicher Arbeitsverhältnisse. Für die Mehrzahl der in diesen Betrieben Beschäftigten bilden die Kalksandsteinfabriken nur

eine Durchgangstation, sobald sie die Schädigung ihrer Gesundheit empfinden, suchen sie sich andern Erwerb zu schaffen.

Die moderne Technik vermochte die Staubplage nicht ganz zu beseitigen, teilweise hat sich dieselbe sogar noch verschlimmert. Sogar selbst ein Aufsichtsbeamter, man könnte beinahe annehmen, daß der Staub um so schlimmer sei, je moderner und zweckmäßiger für die Fabrikation der Betrieb eingerichtet ist. Nach dem alten System, dem sog. Hydratverfahren, wird der Kalk im Freien in fahrbaren eisernen Behältern mit wenig Wasser gelöscht und dann im Härtefessel unter Dampfdruck nachgelöst. Bei der nachfolgenden Mischung mit Sand entsteht zwar noch viel unangenehmer Staub, unter dem aber nur die wenigen, mit dieser Arbeit beschäftigten Arbeiter zu leiden haben, während der größte Teil der Fabrikräume und damit auch der größte Teil der Arbeiter vom Staub verschont bleiben.

Nach dem neuen System, dem Aufverfahren, wird zunächst der trockene Kalk gemahlen, dann mittels Elevators bis unter das Dach in Silos geschafft, mit Sand gemischt und in einer besonderen Mischtrommel unter Dampf gelöscht. Beim Mahlen, Transportieren und Einfüllen in die Mischtrommel entweicht der trockene Kalkstaub und verbreitet sich über die Arbeitsräume, so daß die Mehrzahl der Arbeiter davon belästigt wird. Auch beim Entleeren der Mischtrommel entwickelt sich gewaltiger Staub, da man diese bei geöffnetem Verschluss sich drehen läßt, um das Ausschütten gründlicher und vorteilhafter zu bewerkstelligen. In einzelnen Fabriken werden deshalb diese Trommeln in einem besonderen, von den übrigen Arbeitsräumen getrennten Raum aufgestellt. Bei dem Transport des gebrannten Kalks, der meist von andern Werken bezogen wird, nach den Lagerräumen und von da nach den Arbeitsräumen macht sich ebenfalls eine starke Staubbelästigung bemerkbar. Um diesem Uebel zu steuern, haben einige Betriebe zwei getrennte Lagerräume errichtet, von denen einer gefüllt, der andre entleert wird. Eine Fabrik im Bezirk Marienwerder beabsichtigt zu diesem Zweck ein großes Kalkilo anzulegen, von dem dann durch einen geschlossenen Abzug der Kalk in Wagen abgezogen werden soll. Im allgemeinen sind die bis jetzt getroffenen Verbesserungen mehr produktiver als sanitärer Natur, sie werden nicht diktiert von dem Bestreben, die Arbeitergesundheit zu heben, sondern von dem Profit.

Der ätzende Kalkstaub verursacht hauptsächlich Augenentzündungen, Lungen-, Hals-, Magen und Darmleiden, ferner Weizwunden an schweißigen Hautstellen des Kopfes, der Hände und Arme. In drei Kalksandsteinfabriken des Bezirks Potsdam, in denen insgesamt 107 Arbeiter beschäftigt wurden, erkrankten im Jahre 1907 36 Arbeiter mit 906 Krankheitsagen. Trotz der großen Fluktuation war also jeder dritte Arbeiter 25 Tage krank. Bei stabileren Arbeitsverhältnissen kämen jedenfalls Krankheitsziffern zum Vorschein, die nicht normal genannt werden könnten. Um so befremdender wirkt es, wenn sich einige Beamte in ihren Berichten bemühen, die offensichtlich hohen Krankheitsgefahren in den Kalksandsteinfabriken hinwegzuberichten und die Gesundheitsverhältnisse als durchweg gut zu bezeichnen.

So berichtet der Beamte des Bezirks Frankfurt a. O.: „In der ältesten Kalksandsteinfabrik des Bezirks übt der an der Kalkföhrtrommel und beim Heranbringen des gelöschten Kalks beschäftigte Arbeiter seine Funktionen seit der Inbetriebsetzung der Fabrik (1899) aus, ohne an den Atmungsorganen erkrankt zu sein oder das Bedürfnis nach Ablösung von dieser Arbeit empfunden zu haben. Beim Mischen des Kalks mit Sand tritt nur eine geringe Staubentwicklung ein, die um so geringer ist, je vorsichtiger der Arbeiter zu Werke geht. Den Belästigungen ist durch eine Wahl des Arbeitsplatzes, entsprechend der herrschenden Windrichtung, leicht auszuweichen. Dagegen ist die Staubentwicklung bei dem Aufverfahren dauernd, indessen scheinen sich die Arbeiter durch den Staub nicht belästigt zu fühlen. Mehrere Arbeiter sind schon drei Jahre und darüber beschäftigt, ohne krank gewesen zu sein oder auch nur Beschwerden empfunden zu haben. Nur die Augen schützen sie sich durch Bestreichen mit Vaselin.“

Dhne Zweifel ist das eine Mitteilung des Unternehmers. Schon die Bemerkung, daß sich die Arbeiter durch den Staub nicht belästigt fühlten, aber die Augen mit Vase-

Kollektive Erwerbsgesellschaften.

VIII.

Arbeitsloses Einkommen. — Sozialismus.

Die in dem vorigen Artikel aufgeführten Zahlen sind nicht nur ein Reflex der sozialen Position, die unsere modernen Erwerbsgesellschaften im Wirtschaftsleben einnehmen; die Dividendennummern repräsentieren auch den Hauptteil des arbeitslosen Einkommens, soweit es den Gesellschaften entspringt. Bei den Gesellschaften gibt es zwei Kategorien von Erwerbserlösen, solche, die produktiv tätig sind und solche, die im Produktionsprozeß keinerlei Funktion ausüben. Das Hauptkontingent der ersteren stellen die Arbeiter, die für die Unternehmer nur als Objekte, als Mittel zur Erlangung von Gewinn in Betracht kommen. Die Einwände, die dahingehen, daß dem Besitzer einer Fabrik usw. der von ihm erlangte Gewinn als Anteil vom Arbeitsertrage zustehe, weil die Verbeisaffung von Arbeit, die Leitung des Betriebes, der Abzug der erzeugten Güter, nicht nur eine Mitarbeit an dem Erzeugnis aller, sondern zweifellos auch die wichtigsten Funktionen darstellen, ohne welche die Tätigkeit aller andern Personen wertlos sei, sind mit Bezug auf Erwerbsgesellschaften ganz augenscheinlich unhaltbar. Die Aktionäre üben nicht die geringsten Funktionen aus im Produktionsprozeß, sie haben auf die technische und kaufmännische Leitung des Unternehmens gar keinen Einfluß. Ja, in den allermeisten Fällen wird ihnen sogar die Fähigkeit dazu fehlen. Wenn z. B. ein reichgewordener Schlachtermeister oder der Sprößling eines Adelsgeschlechts, deren Können und Wissen über Pferdennen und Pflanzertreten kaum hinausgeht, durch seinen Bankier Mitinhaber einer chemischen Fabrik taugt, oder jemand solche Papiere erbt, weil er in der Wahl der Gütern die erforderliche Vorsicht walten ließ, dann hat der Inhaber auch nicht die geringste Ahnung vom Betrieb, an dem er Mit-

besitzer geworden ist; jedenfalls ist es nicht nötig, daß er auch nur weiß, was dort hergestellt wird, wie das Produktionsverfahren ist. Alle Funktionen werden ja von bezahlten Arbeitskräften ausgeführt. Wie alle Handarbeiter ihren Lohn bekommen, so auch alle Kapitalarbeiter, die in die Genieure und Direktoren. Alle im Produktionsprozeß notwendige physische und geistige Leistung ist Lohnarbeit. Wenn alle die zu leistende Arbeit, von der Verbeisaffung von Aufträgen bis zum Verkauf der erzeugten Produkte, bezahlt worden ist, dann bleibt aus dem Arbeitsertrage gewöhnlich noch ein erklärendes Summen übrig, das oft größer ist, als der an die Arbeiter gezahlte Lohnbetrag.

Man mag schließlich auch noch die Lantienen an den Aufsichtsrat und die Gewinnanteile an den Vorstand als Vergütung für geleistete Arbeit ansprechen, obwohl auf diese Weise oft hunderttausende Mark ausgegeben werden für vielleicht zwei bis drei Arbeitstage im Jahre. Solche Ausschüttungen sind in Wirklichkeit meist nur eine verkleidete Form von Kapitalrenten an einzelne Aktionäre, die sich solche Wünsche zu verschaffen wissen. Ganz fäher sind die Dividenden nach der Kapitalsprei, für welchen auch nicht eine Spur von produktiver Arbeit geleistet worden ist. In dem Anteil des Kapitals an Arbeitsertrage gehören natürlich auch die Zinsen, die von den Gesellschaften für Anleihen usw. gezahlt werden müssen. Alle die ungeheuren Summen fließen Personen zu, die, wie dargestellt, für den Produktionsprozeß vollständig überflüssig sind, die keinerlei Funktionen ausüben, die einfach als schädlicher Schmarozger ihr arbeitsloses, nur genießendes Dasein fristen. Die große Masse des Volkes ist gezwungen, in aufreibender, ungesunder, Gesundheit untergebender Arbeit dahinzuleben. Kaum erwerben die Arbeiter so viel, um die dringendsten Bedürfnisse befriedigen zu können. In die fruchtlose entbehrungsreiche Jugend läuft sich ein glückliches, sorgenvolles Weiterleben, bis der Tod den Proletarier frühzeitig in die Erde sinken läßt. Die Reichtümer, die er geschaffen, gehen die

keine Gruppe der Nichtschaffter. Der Bauarbeiter, der herrliche Paläste errichten läßt, wohnt in elenden, dumpfen Wäern; Textilarbeiter und Schneider, die prächtige Stoffe weben und Kleider herstellen, müssen selbst sich in Lumpen und grobes Tuch hüllen, können oft kaum ihre Biöge bedecken. Ueberall daselbe! Die Güter, die die produktive Arbeit hervorbringt, sind meist Eigentum der Nichtarbeiter!

Aus dieser Tatsache leitet die Sozialdemokratie ihre Forderung auf Vergegesellschaftung der Produktionsmittel her. Es sollen nach dieser Forderung nicht mehr einzelne Personen das Eigentumsrecht an Grund und Boden, an Fabriken und Werkstätten, an Verkehrs- einrichtungen und an allen andern Mitteln zur Herbeibringung von Gebrauchsgütern haben; alles das soll der Gesamtheit gehören. Nicht mehr sollen einige Privilegierte das Eigentums- und Verfügungsrecht über die von den produktiv Tätigen hervorgebrachten Güter besitzen; es sollen nicht mehr die Nichtarbeiter Anteil am Arbeitsertrage haben. Alle sollen arbeiten und alle sollen genießen! Wie das im einzelnen durchzuführen ist, das kann naturgemäß nicht in wenigen Sätzen dargelegt werden. Das aber dürfte jeder denkende Arbeiter und jede denkende Arbeiterin nicht nur instinktiv fühlen, sondern auch erkennen: Zur Erreichung des Zieles ist der Zusammenschluß aller derjenigen, die eine Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse herbeiführen wollen, unbedingt erforderlich! Die Kugeln der kapitalistischen Ordnung, unterstützt von der Gedankenlosigkeit und Beschränktheit nur leider noch großer Arbeiterzahl, kämpfen selbstverständlich für den Fortbestand der kritischen Zustände. Ihre Mittel sind die bürgerlichen Parteien, Unternehmerorganisationen, christlichen Gewerkschaften und gelben Vereine. Da kann es für die Arbeiterchaft nicht schwer sein, zu erkennen, daß sie zu Klumpen haben innerhalb der Sozialdemokratie und in den freien Gewerkschaften.

W. D.

line bestreichen, läßt erkennen, wie derartige Zeugnisse zu bewerten sind.

Der Beamte von Köslin ist nun gegenteiliger Ansicht, wie sein Kollege von Frankfurt a. O. Er berichtet, daß eine inmitten einer Stadt errichtete Kalksandsteinfabrik sogar zu erheblichen Verschmutzungen und Schädigungen der Nachbarschaft geführt hat.

Unter Beizwunden haben besonders die an den Pressen beschäftigten Arbeiter zu leiden. Durch das Abnehmen der frischen Kalksandsteine werden die Hände teilweise durchgeschauert, teilweise durch den ätzenden Kalk durchgestressen.

Außer den Staubgefahren sind die Arbeiter auch in hohem Maße der Erkältung ausgesetzt. Besonders geben die zu meist ungeschützte Lage der Kalksandsteinfabriken auf freiem Felde, die wegen des Kalkstaubes gewählte luftige Bauart der Gebäude, ferner die erforderlichen Gleichdurchfahrten in den Arbeitsräumen, der scharfe Temperaturwechsel in der Nähe der geheizten Härtefellen und das Arbeiten in den mit heißen Kalkdämpfen angefüllten Härtefellen zu Erkältungsgefahren Anlaß.

An Unfällen ist im Aufsichtsbezirk Stettin-Estralund die Explosion eines Härtefells zu berichten, bei welcher 4 Personen durch ausströmenden Dampf und fortgeschleuderte Trümmer mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

In den übrigen Bezirken wird von Unfällen nichts berichtet, obwohl bei der stark fluktuierenden Arbeiterschaft nicht anzunehmen ist, daß die Arbeit in den Kalksandsteinfabriken keine Blufferei verlangt.

Zu allgemeinen wird durch die Berichte der Gewerbaufsichtsbeamten bekundet, daß in der Mehrzahl der Kalksandsteinfabriken durch die mangelhaften sanitären Einrichtungen die Gesundheit der Arbeiter besonders gefährdet ist. Durch Anwendung zweckmäßiger technischer Hilfsmittel kann diese Gefährdung aber auf ein Minimum heruntergedrückt werden.

In der Kalksandsteinfabrik Paul Hüfner, Grünberg in Schlesien, ist am 23. April, mittags 12 1/2 Uhr, der mittlere der drei vorhandenen Härtefellen in die Luft geflogen, nachdem etwa 10 Minuten vorher der Reaktionsingenieur den explodierten Kessel besichtigt hatte.

Die beiden außer Betrieb befindlichen Härtefellen sind aus ihren Lagern herausgerissen, die Rahmen und das Fach sind eingestürzt. Der explodierte Kessel liegt vor dem etwa 100 Meter weit entfernten Gebäude.

Der Reaktionsingenieur beträgt 2000 Kilometer, der zulässige Betriebsdruck 6 Atm., der des Dampfes 8 1/2 Atm. Der explodierte Kessel war gegen 10 1/2 Uhr vorübergehend betriebsbereit und angefüllt worden, er wurde daher höchstens nur einen Druck von 7 Atm. erfahren haben.

Flensburg. Auf der Biegel Flensburg verunglückte in der Schmelzgrube der Arbeiter Johann Andersen. Die Schmelzgrube ist 1 1/2 Meter hoch und in drei Stufen eingeteilt.

innere Verletzungen erlitten zu haben, da er sich Schmerzen im Rücken klagte und Blut ausbrach. Der herbeigekommene Arzt erklärte seine Unbefähigung nach der Diagnostik in Flensburg an, wo er hoffnungslos darniederliegt.

Sandberg. Am 12. Mai unternahm wie eine Agitationskomitee, um die Verhältnisse in den ungeliebten Biegelstein festzustellen. Die Biegel in Dübenstied sind abgebrochen, bis in Trillau liegt still, da noch ein reiches Vorrat von Biegeln vorhanden ist.

Am Sonnabend, dem 22. Mai, fand in Hummelshüttel eine Versammlung statt, die von 95 Biegler besucht war. Auch die sich unentgeltlich dienende Polizei war vertreten. Es waren drei Beamte erschienen, die wohl den Auftrag hatten, Hummelshüttel vor der Besichtigung zu schützen.

Der Samen, der hier gestreut worden ist, ist dem Anschein nach nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen. — Kassel. Arbeiterunfall. Ein schwerer Unfall ereignete sich kürzlich auf der Papendorfer Biegel der Firma Hüppner.

Aus der Papierindustrie.

Und in den Armen liegen sich beide... Wie die „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, hat die Tapeten-Industrie-Alt-Ges. und der Verein Deutscher Tapetenfabrikanten ein Preis-Kartell geschlossen.

Unfälle in Papierfabriken im Königreich Sachsen. Nach dem Bericht der Session IX, Königreich Sachsen, der Papierarbeitervereinsgenossenschaft stieg in diesem Bezirk die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter von 19216 im Jahre 1907 auf 20263 im Jahre 1908.

Das angebliche Unglück der Arbeiter lebendig Abtransport, die ihre Ursache in der Verlangsamung der Arbeit hat, will der Beamte immer noch nicht einsehen.

Gartendiebstahl. Der Besitzer einer Papierfabrik, Köhler in Groß-Schirma (Sachsen), von dessen Versuch, sich eine hohe Rente zu erwirken, indem er sich einen Vertrag abschließen ließ, stand kürzlich wieder vor dem Schwurgericht. Mit angeklagt war sein Buchhalter Koch, der ihm den Finger abgehakt hat, und sein Werkmeister Höpner.

Rundschau.

Minister und Arbeiterkongress in Bayern. Die Jahresberichte der bayerischen Gewerkschaftsbeamten und der Gewerkschaften für das Jahr 1908 haben dem Staatsminister Freyer von Podewils zu einigen bemerkenswerten Anordnungen Anlaß gegeben.

gemäß Ausbesserungen besonders häufig sind, wie insbesondere in den Werkstätten der Kleider- und Wäscheindustrie, in den Ziegelleien und Steinbrüchen, sowie überhaupt in der Industrie der Leinwand und Textilien, nur bei Anwendung von abstrakten, strengen Maßstäben, und erwarten ein entsprechendes Vorgehen seitens der beteiligten Behörden.

Auch den Berufskrankheiten soll erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es heißt in dem Bericht: Die erste Aufgabe besteht darin, die Berufskrankheiten der Arbeiter. Seitens der Polizeibehörden und der Gewerbeaufsichtsbeamten ist mit Nachdruck auf den gewissenhaften Vollzug der für eine Reihe gesundheitsgefährdender Gewerkschaften ergangenen Bundesratsvorschriften hinzuwirken.

Die ernsthafte Kurmischelerei erfordert die Berufskrankheiten der Arbeiter. Seitens der Polizeibehörden und der Gewerbeaufsichtsbeamten ist mit Nachdruck auf den gewissenhaften Vollzug der für eine Reihe gesundheitsgefährdender Gewerkschaften ergangenen Bundesratsvorschriften hinzuwirken.

Der Niedergang der wirtschaftlichen Verhältnisse hat, heißt es darin, auch im Vorjahre eine Abkantung im Beschäftigungszustand und eine Einschränkung bei der Entnahme von Speise und Getränken herbeigeführt, namentlich der vollen Mittagessen von 35 und 25 Pf. Dagegen ist die Zahl der verabschiedeten Portionen a 10 Pf. gestiegen.

Der Niedergang der wirtschaftlichen Verhältnisse hat, heißt es darin, auch im Vorjahre eine Abkantung im Beschäftigungszustand und eine Einschränkung bei der Entnahme von Speise und Getränken herbeigeführt, namentlich der vollen Mittagessen von 35 und 25 Pf. Dagegen ist die Zahl der verabschiedeten Portionen a 10 Pf. gestiegen.

Die übermäßige Arbeitslosigkeit während des vergangenen Winters hat einen Rückgang des Fleischkonsums gezeitigt. Nach der Statistik der gewerblichen Schlachtungen ging der Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung im ersten Vierteljahre um etwas mehr als ein halbes Pfund gegenüber dem nämlichen Zeitraum des Jahres 1908 zurück.

Die übermäßige Arbeitslosigkeit während des vergangenen Winters hat einen Rückgang des Fleischkonsums gezeitigt. Nach der Statistik der gewerblichen Schlachtungen ging der Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung im ersten Vierteljahre um etwas mehr als ein halbes Pfund gegenüber dem nämlichen Zeitraum des Jahres 1908 zurück.

Zwei italienische Ärzte, die Doktoren Biaccini und Maffei, haben es unternommen, durch eine umfangreiche Statistik die Schwankungen zu untersuchen, die sich in der Zahl der Unglücksfälle während der Arbeit feststellen lassen.

Zwei italienische Ärzte, die Doktoren Biaccini und Maffei, haben es unternommen, durch eine umfangreiche Statistik die Schwankungen zu untersuchen, die sich in der Zahl der Unglücksfälle während der Arbeit feststellen lassen.

Zwei italienische Ärzte, die Doktoren Biaccini und Maffei, haben es unternommen, durch eine umfangreiche Statistik die Schwankungen zu untersuchen, die sich in der Zahl der Unglücksfälle während der Arbeit feststellen lassen.

Zwei italienische Ärzte, die Doktoren Biaccini und Maffei, haben es unternommen, durch eine umfangreiche Statistik die Schwankungen zu untersuchen, die sich in der Zahl der Unglücksfälle während der Arbeit feststellen lassen.

Zwei italienische Ärzte, die Doktoren Biaccini und Maffei, haben es unternommen, durch eine umfangreiche Statistik die Schwankungen zu untersuchen, die sich in der Zahl der Unglücksfälle während der Arbeit feststellen lassen.

Zwei italienische Ärzte, die Doktoren Biaccini und Maffei, haben es unternommen, durch eine umfangreiche Statistik die Schwankungen zu untersuchen, die sich in der Zahl der Unglücksfälle während der Arbeit feststellen lassen.

Zwei italienische Ärzte, die Doktoren Biaccini und Maffei, haben es unternommen, durch eine umfangreiche Statistik die Schwankungen zu untersuchen, die sich in der Zahl der Unglücksfälle während der Arbeit feststellen lassen.